



Bericht und Beschlussempfehlung

des Sozialausschusses

Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen schulgeldfrei gestalten

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/437

Gesundheitsfachberufe fördern

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/479

Der Sozialausschuss hat sich mit den ihm durch Plenarauftrag vom 24. Januar 2018 überwiesenen Anträgen in mehreren Sitzungen, zuletzt in seiner Sitzung am 22. November 2018, befasst und dazu eine umfangreiche schriftliche und mündliche Anhörung durchgeführt.

Im Einvernehmen mit der antragstellenden Fraktion der SPD empfiehlt der Sozialausschuss dem Landtag einstimmig, den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/437, für erledigt zu erklären.

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/479, mit dem Titel „Gesundheitsfachberufe fördern“ in der nachfolgenden Fassung zur Annahme:

„Die Sicherung einer qualifizierten, hochwertigen medizinischen und pflegerischen Versorgung in Schleswig-Holstein gehört zu den wichtigsten Anliegen der Jamaika-Koalition. Die Schulgeldfreiheit für die Auszubildenden der Logopädie, der Physiotherapie und der Ergotherapeuten an staatlich anerkannten Schulen der Gesundheitsberufe, die nicht mit einem Krankenhaus verbunden sind, ist nicht nur ein wichtiger Schritt zur Stärkung dieses Berufsfeldes sondern auch zu einer besseren Versorgung der Patientinnen und Patienten.

Die Landesregierung wird gebeten, ein geeignetes Verfahren zur administrativen Umsetzung der Schulgeldfreiheit bis zum 1. Januar 2019

sicherzustellen, gegebenenfalls eine rückwirkende Förderung zum 1. Januar 2019 zu gewährleisten.

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung bereits die Krankenhäuser aufgefordert hat, bei den laufenden Budgetverhandlungen sicherzustellen, dass auch die Ausbildung für Gesundheitsfachberufe an Schulen, die mit einem Krankenhaus verbunden sind, ab Jahresbeginn 2019 schulgeldfrei gestellt wird. Der Landtag erwartet, dass die Kassen eine entsprechende Mittelzusage sicherstellen.“

Werner Kalinka
Vorsitzender